

Thesen, Forderungen, Herausforderungen, Handlungsmöglichkeiten für Kirche und Diakonie in Baden

zum Thema
„Armut von Familien“

Inhalt

1. Existenzsicherung	Seite 4
2. Gerechtes Steuersystem	Seite 5
3. Care – Fürsorgearbeit	Seite 6
4. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse	Seite 7
5. Sanktionen	Seite 8
6. Vereinbarkeit von Familien und Beruf	Seite 9
7. Familienunterstützende Dienste	Seite 10
8. Wohnraum für Familien	Seite 11
9. Alltagskompetenzen	Seite 12
10. Armut geht uns alle an!	Seite 13
Mitglieder der eaf Baden:	Seite 14
Impressum	Seite 15

Armut betrifft uns alle

Das Thema Armut betrifft uns alle. Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit prägen die Stimmung in einem Land und entscheiden dabei über Motivation und Zufriedenheit und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Frieden. Wer nicht mithalten kann, erfährt Ausgrenzung und Vereinsamung.

Kirche und Diakonie möchten Zeichen setzen, indem sie selbst Wege zur Überwindung von Armut aufzeigen und gehen. Darum sind nicht nur Forderungen in dieser Broschüre dargelegt, die politisch bearbeitet werden müssen, sondern auch Ideen und Wege zur Umsetzung in den eigenen Reihen – als Herausforderungen an uns selbst. Dabei geht es um Themen wie unser Steuersystem, um Arbeit und Sozialtransfers, um Auswirkungen von Armut auf Gesundheit und Wohnen sowie um Beteiligungschancen an Bildung, kulturellem und politischem Leben.

Stand Oktober 2016

1. Existenzsicherung

SACHLAGE/THESE

In Baden Württemberg gelten ca. 15% der Bevölkerung als armutsgefährdet – ca. 18% sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 8% der Kinder leben in Familien im SGBII Bezug. Das höchste Armutsrisiko haben Eineltern- und Mehrkindfamilien, und Familien mit Zuwanderungsgeschichte.

Neben einer kinder- und familienfreundlichen sozialen Infrastruktur kommt der weiteren existenzsichernden Ausgestaltung von Sozialtransfers eine hohe Bedeutung zu.

POLITISCHE FORDERUNG

Die Sozialleistungen müssen teilhabeorientiert angehoben werden. Kinder brauchen eine eigene Grundsicherung, die ihnen Teilhabe, und damit die Entwicklung ihrer Persönlichkeit garantiert.

HERAUSFORDERUNG

Das Thema Armut sollte aus christlicher Verantwortung heraus Topthema im Kirchenbezirk sowie in allen Gremien sein. Kirchengemeinden öffnen ihre Räume und schaffen Begegnungsmöglichkeiten auf Augenhöhe, so dass die Ressourcen aller einbezogen sind.

Kooperationen mit der Kommune, Wohlfahrtsverbänden oder sozialen Initiativen sind selbstverständlich.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Thesen, Forderungen und Handlungsmöglichkeiten sind bekannt bei
 - Konferenzen, von Dekanen oder DiakoniepfarrerInnen,
 - Fortbildungen, wie FeA-Kursen und
 - kirchlichen Events, wie z. B. am „Tag der Engagierten“ 2018
2. In kirchlichen Gremien sind Menschen aller Milieus und Lebenslagen als ExpertInnen vertreten.
3. Ein Runder Tisch – auch mit dem Blick auf geflüchtete (Teil-) Familien – ist auf kommunaler Ebene angeregt und einberufen.

2. Gerechtes Steuersystem

SACHLAGE/THESE

Unser Steuersystem trägt mit indirekten Steuern dazu bei, dass Familien überproportional belastet werden. Sie müssen den größten Teil für Wohnen und Konsumgüter ausgeben. Für manche kindbezogene Artikel gilt sogar der nichtermäßigte Steuersatz.

POLITISCHE FORDERUNG

Wir fordern ein gerechtes Steuer- und Abgabesystem! Menschen, die im Reichtum leben, sollen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit in die Verantwortung genommen werden.

HERAUSFORDERUNG

Auf Landes-, Bezirks-, und Gemeindeebene ist ein Sozialfonds eingerichtet, bei dem Alleinerziehende und Familien mit Kindern unbürokratisch einen Zuschuss für besondere Anschaffungen, Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen erhalten können.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Ein Konzept für Fundraising ist auf Kirchenbezirksebene entwickelt.
2. In den Kirchenbezirken liegt ein Überblick über das Stiftungswesen und Good Practice Beispielen aus EOK und DWB der Landeskirche Baden vor.
3. TrägerInnen von Freizeitangeboten treffen sich zu einem Austausch über vorhandene und zusätzlich erforderliche Angebote.

3. Care – Fürsorgearbeit

SACHLAGE/THESE

Vielen Alleinerziehenden und Familien mit mehreren Kindern droht später die Altersarmut. Fürsorgearbeit – Care – wird in den Rentenberechnungen und Sozialabgaben nicht gleichwertig angerechnet. Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten nur ein Rentenplus von € 27 pro Monat.

POLITISCHE FORDERUNG

Fürsorgetätigkeit muss als gesellschaftlicher Beitrag von Männern und Frauen mehr Anerkennung finden. Sorgearbeit sollte der Erwerbsarbeit gleichgestellt werden und sich konkret auf Rentenpunkte auswirken.

HERAUSFORDERUNG

Kirchengemeinden verstehen sich als Sorgende Gemeinde. Sie gestalten den Sozialraum, die Mitverantwortung für andere, die Vernetzung und passgenaue Angebote mit.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Netzwerke, die haushaltsnahe Dienstleistungen ermöglichen und damit Menschen mit Fürsorgearbeit entlasten, sind in Kirchengemeinden/ -bezirken gegründet und gestärkt. Eine mögliche finanzielle Bezuschussung ist überprüft.
2. Passgenaue Angebote wie alternative Wohnprojekte, gemeinsame Mittagstische, Zentren für Familien werden angeboten.
3. Durch die Einrichtung von Kulturpaten sind mit Hilfe von Spenden, gestaffelte Eintrittspreise bei kostenpflichtigen Veranstaltungen möglich.

4. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

SACHLAGE/THESE

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die damit verbundene Einkommensarmut tragen dazu bei, dass Menschen keinen gesicherten Lebensunterhalt haben.

POLITISCHE FORDERUNG

Politik muss über die Arbeitslosenzahlen hinaus, die Dimension des gesamten Problems zur Kenntnis nehmen. Es braucht verlässliche Rahmenbedingungen für langfristige Beschäftigung.

HERAUSFORDERUNG

Kirche und Diakonie nehmen ihre Vorbildfunktion als Arbeitgeberin wahr, beispielsweise durch öko-faire-soziale Beschaffung und tarifgerechte Bezahlung. Es gilt zu prüfen, ob dies in allen Bereichen umgesetzt ist. Wege aus der Teilzeitalle sind, um einer Altersarmut besonders von Frauen entgegenzuwirken, ein unverzichtbarer Teil der Personalpolitik sein.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Arbeit im Niedriglohnsektor, Teilzeitarbeit, Minijobs und befristete Arbeitsverhältnisse gehören zu den prekären Beschäftigungsformen. In Kirche und Diakonie werden sozialverträgliche Arbeitsverträge mit sozialer Absicherung abgeschlossen.
2. Die Umsetzung einer Gender Pay Gap Analyse ist regelhaft im EOK und der Diakonie Baden eingeführt, in einem 1/2 jährigen Bericht veröffentlicht, diskutiert und gleichzeitig im Arbeitskatalog der Gleichstellungsbeauftragten aufgenommen.
3. Ansätze der ökofairen Beschaffung sind auf allen Ebenen bekannt und ein Maßstab des Beschaffungsmanagements.

5. Sanktionen

SACHLAGE/THESE

Sanktionen, besonders für junge Menschen werden zu Familiensanktionen! Verletzen sie als Leistungsempfänger nach dem SGB II, die damit einhergehenden Pflichten, kann das Arbeitslosengeld II gestaffelt reduziert bis ganz gestrichen werden.

POLITISCHE FORDERUNG

Jugendliche brauchen eigene AnsprechpartnerInnen in den Jobcentern, die entsprechend pädagogisch und psychologisch geschult sind und die feinfühlig die Entwicklung neuer Perspektiven für junge Menschen im Blick haben. Familienschädigende Sanktionen müssen wegfallen.

HERAUSFORDERUNG

Kirchengemeinden entwickeln für Jugendliche Angebote, die ihnen Mut machen, ihr Leben selbstständig in die Hand zu nehmen.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Ausbildungsplätze in Teilzeit für Alleinerziehende, junge Mütter und geflüchtete Frauen werden im EOK und DWB erhöht.
2. Ausbildungsverbünde sind auf regionaler Ebene angeregt und geschaffen.
3. Patenschaften, Mentoringprogramme für Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von Schule in den Beruf werden angeboten.

6. Vereinbarkeit von Familien und Beruf

SACHLAGE/THESE

Für Familien, vor allem Einelfamilien, ist die flexible Arbeitszeitgestaltung Grundvoraussetzung für Berufstätigkeit und damit eine wirkungsvolle Armutsprävention.

Mangelnde oder ungünstige Verkehrsverbindungen, vor allem im ländlichen Raum, verursachen zusätzliche Betreuungszeiten.

POLITISCHE FORDERUNG

Wir fordern eine flexible Förderung beim Wiedereinstieg in den Beruf, eine regelhafte Ausbildung in Teilzeit bzw. assistierter Teilzeit, sowie eine weitere Unterstützung der über 25-Jährigen durch die Sozialsysteme, wenn sie nach einer Kinderphase, noch mit einer Ausbildung beginnen möchten.

Arbeitszeiten sollten flexibel an Schulbeginn und ÖPNV ausgerichtet werden können.

HERAUSFORDERUNG

In unseren kirchlichen und diakonischen Einrichtungen sind familienfreundliche Arbeitszeiten für Eltern, sowie für pflegende Angehörige umgesetzt. Kirche und Diakonie bieten selbst Angebote an, die den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Familienarbeitszeitmodelle sind in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen entwickelt und machen diese zu einer familienfreundlichen attraktiven Arbeitgeberin. „Atmende Lebensläufe“ ermöglichen den Einzelnen eine selbst bestimmte Erwerbsbiographie.
2. Das Zertifizierungsprogramm des Landesfamilienrats „familiynet“, mit dem Ziel familienbewusste Kirchenbezirke zu stärken und zu profilieren, ist als Angebot bekannt und wird genutzt.

7. Familienunterstützende Dienste

SACHLAGE/THESE

Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind am meisten von relativer Armut betroffen. Sie sind besonders auf unterstützende Angebote, wie flexible Kinderbetreuung, haushaltsnahe Dienstleistungen, unkomplizierte Zugänge zu unterschiedlichen Beratungsangeboten angewiesen.

POLITISCHE FORDERUNG

Wir fordern eine Regelfinanzierung des Landes für Einrichtungen, wie z. B. Familienzentren, Sozialraumorientierte Zentren und Mehrgenerationenhäuser, die Familienentlastende Dienste für Familien anbieten können.

HERAUSFORDERUNG

Alle Angebote von Kirche und Diakonie werden auf ihre Attraktivität und entlastende Wirkung für Familien überprüft. Der Ausbau von familienunterstützenden Angeboten hat Priorität. Persönliche Unterstützungsnetzwerke werden ausgebaut.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Alle Angebote für Familien orientieren sich an den Interessen, Möglichkeiten und Lebenslagen von Familien und binden diese ein.
2. Zentren für Familien wie Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren sind als Unterstützungsnetzwerke für Familien in ihrer vielfältigen Form ausgebaut und finanziell gefördert.

8. Wohnraum für Familien

SACHLAGE/THESE

Wer in einer prekären Wohngegend wohnt, hat nicht nur schlechtere Teilhabechancen, sondern muss auch mit Vorurteilen kämpfen. Beengte Wohnverhältnisse schränken die kindliche Entwicklung ein.

POLITISCHE FORDERUNG

Städte und Gemeindeplanung muss einer Ghettoisierung entgegenwirken und schrittweise die schon entstandenen Strukturen abbauen. Jede Kommune muss ein Kontingent an bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung haben.

HERAUSFORDERUNG

Kirchengemeinden finden kreative Lösungen, um armutsgefährdeten Familien zu Wohnraum zu verhelfen.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Kirchengemeinden übernehmen Patenschaften für Wohnraumsuchende, z. B. für Alleinerziehende, kinderreiche oder geflüchtete Familien und schließen für sie Mietverträge ab.
2. Kirchengemeinden sind offen, Gemeindeimmobilien zu Wohnraum für Familien umzuwandeln.

9. Alltagskompetenzen

SACHLAGE/THESE

Kinder aus einkommensarmen Familien weisen in allen Bereichen der Gesundheit und Lebensqualität die schlechtesten Ergebnisse vor. Oft fehlt das nötige Know-how zur Beziehungs- und allgemeinen Lebens- und Gesundheitsgestaltung.

POLITISCHE FORDERUNG

Wir fordern für alle Schularten ein neu einzuführendes Unterrichtsfach „Alltagskompetenzen“ von der 5. bis zur 10. Klasse.

HERAUSFORDERUNG

Kirchliche und diakonische Beratungsstellen stellen ihr Know-how punktuell für eine Unterrichtseinheit zur Verfügung.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Evangelische Schulen sind Vorbild und bieten das Fach „Alltagskompetenzen“ von der 5. bis zur 10. Klasse an.
2. „Alltagskompetenzen“ sind Thema in der Beratungsarbeit wie z. B. der Schwangeren-, oder Schuldnerberatung, im Konfirmandenunterricht, in der Seelsorge.
3. Schuldnerberatungen haben Präventionsprogramme speziell für Jugendliche entwickelt und führen diese durch.

10. Armut geht uns alle an!

SACHLAGE/THESE

Armut geht uns alle an!

POLITISCHE FORDERUNG

Wir benötigen Programme, die Menschen motivieren, mit ihrem Geld Gemeinwohl mitzugestalten.

HERAUSFORDERUNG

Landeskirche und Diakonie fördern Projekte zur Armutsprävention. Sie sind einladende Kirche für Menschen, die in prekären Lebensbezügen leben. Sie sind einladend für alle, die sich mit ihrem Geld für das Gemeinwohl einsetzen.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

1. Evangelische Landeskirche und Diakonie Baden starten eine Kampagne „Eigentum verpflichtet“. Alle bringen ihre Ressourcen ein.
2. Der Ansatz der Gemeinwohlökonomie: Miteinander statt Gegeneinander, Solidarität, Nachhaltigkeit und Lebensfreude gehören mit zur Grundhaltung christlichen Handelns.

Mitglieder der eaf Baden:

- Abteilung Diakonie, Migration, Interreligiöses Gespräch im Evangelischen Oberkirchenrat
- Evangelisches Kinder- und Jugendwerk Baden
- Missionarische Dienste
- Diakonisches Werk Baden
- Evangelische Akademie Baden
- Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung
- Evangelische Frauen in Baden
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/ean
- Kirchlicher Dienst auf dem Lande
- Religionspädagogisches Institut

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie in Baden (eaf)

Redaktion/Geschäftsführung:

Hannelore List, Evangelische Frauen in Baden im Evangelischen Oberkirchenrat;
hannelore.list@ekiba.de

Magdalena Moser, Diakonisches Werk Baden

Moser@diakonie-baden.de

Layout/Satz: ursachewirkung.de

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier aus 100 % Altpapier



Hannelore List

Referentin Familie, Gender und
Lebensformen
Evangelische Frauen in Baden
Geschäftsführung eaf Baden
Blumenstr. 1-7
76133 Karlsruhe

Fon: 0721 9175-328

Fax: 0721 9175-25-328

E-Mail: hannelore.list@ekiba.de
www.evangelische-frauen-baden.de

Magdalena Moser

Referentin Familienpolitik,
Bahnhofsmission
Mehrgenerationenhäuser,
Familienzentren
Geschäftsführender Vorstand
Landesfamilienrat
Geschäftsführung eaf Baden

Telefon +49 (721) 9349 - 216

Telefax +49 (721) 93496 - 216
moser@diakonie-baden.de

Das Diakonische Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V.

Vorholzstraße 3
76137 Karlsruhe
www.diakonie-baden.de
www.facebook.com/diakoniebaden